

Unterschied zur Diktatur

Zu: „Würde Oury Jalloh misshandelt?“, FR-Politik vom 29. Oktober

Über den Fall des Oury Jalloh, der nur wenige Stunden nach seiner Festnahme, gefesselt an eine Matratze, in einer Dessauer Polizeistelle verbrannt, muss so lange berichtet werden, bis die Justiz bereit ist, wirklich aufzuklären, was dort geschah. Menschen fügen einander Grausames zu, dies hat der diesjährige Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, der Fotograf Sebastião Salgado, auf eindrückliche Weise dokumentiert. Ein Rechtsstaat tut gut daran, nicht zu verheimlichen oder zu verleugnen, dass dies nicht nur in Unrechtsstaaten und Diktaturen geschieht, und wir Bürger*innen sind damit konfrontiert, dass Menschen aus der Mitte dieser Gesellschaft solche Brutalitäten begehen. Gerade aus diesen Gründen, indem Menschen vor dem Gesetz gleich sind und auch so behandelt werden, und indem auch Taten aufgeklärt werden, die unter gar keinen Umständen geschehen dürften, weil sie möglicherweise das Vertrauen in staatliche Institutionen tief erschüttern, unterscheidet sich Demokratie von Diktatur. Diese Einsicht ist uns zuzumuten! In letzter Zeit überhäufen sich Schlagzeilen: Reichsbürger bei der Polizei!

Anklagen gegen Polizisten wegen Übergriffen und körperlicher Gewalt, unterlassener Hilfeleistung, Bedrohung! Neonazis bei der Polizei? Es geht weder um einen Generalverdacht, noch um Vorverurteilung, aber es muss bedingungslos aufgeklärt werden, sonst geschieht genau das, was unter allen Umständen vermieden werden muss: Polizei und Geheimdienste werden von Rechtsradikalen unterlaufen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Alles in einem Topf

Erwiderung auf „Wir sind zu viele“, Leserforum vom 15. Oktober

Der Leserbriefschreiber meint, die Hauptursache für die Klimakrise sei das Bevölkerungswachstum. „Wir sind zu viele“, so sein Resümee. Dabei verwendet er allerdings einen zu umfassenden Wir-Begriff. Er wirft den Durchschnitts-Äthiopier mit etwa 0,1 Tonnen Kohlendioxid und Jahr mit dem Durchschnitts-Deutschen mit etwa 10 Tonnen und den Durchschnitts-US-Amerikaner mit 18 Tonnen pro Jahr in einen Topf. Auch innerhalb dieser Länder sind die Unterschiede groß. Kommen Menschen zu mehr Wohlstand, dann geht das Bevölkerungswachstum zurück. Wir sollten daher unsere zerstörerischen Agrarexporte in die armen Länder einstellen und diese als gleichberechtigte Handelspartner behandeln. Und wir müssen natürlich im Sinne der (Klima-) Gerechtigkeit unseren CO₂-Fußabdruck verkleinern. Denn dass alle Menschen so leben wie wir, ist schlicht unmöglich.

Eduard Belotti, Augsburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Sneakers, Pumps & Pantoletten – Billiglöhne für schicke Treter?“. Mit Bernd Hintzmann (Kampagne für Saubere Kleidung/Inkota). **Mittwoch, 6. November, 19 Uhr Kulturforum am Freiheitsplatz, Hanau**

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Ganztagsschulen – Marathonlauf mit Hindernissen“. Darüber diskutieren Ilka Hoffmann von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Wolf Schwarz vom Hessischen Kultusministerium und der Bildungsforscher Klaus Klemm. **Mittwoch, 6. November, 19 Uhr Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.**

Stephan Hebel präsentiert sein Buch „Merkel. Bilanz und Erbe einer Kanzlerschaft“. **Donnerstag, 14. November, 19 Uhr, Volkshochschule, Freckenhorster Straße 43, Warendorf**

Bernd Hontschik moderiert die Veranstaltung der Thurevon-Uexküll-Akademie „Freiheit als Unterwerfung – Die neoliberale Zerstörung der Sozialsysteme“ mit Prof. Rainer Mausfeld, Kiel. **Donnerstag, 14. November, 20 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht. Anschließend Diskussion. **Donnerstag, 21. November, 20 Uhr Buchladen Land in Sicht, Rotteckstr. 13, Frankfurt**

Wege aus der verfahrenen Situation

CDU-Gespräche mit der Linken in Thüringen: „Mohrings Vorstoß entzweit CDU“, FR-Politik vom 29. Oktober

Auf der Seite der Geschädigten

Der Wahlerfolg von Bodo Ramelow macht Mut zu hoffen, dass die traditionelle deutsche Linkenangst überwindbar ist. Sie hatte schon zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg geführt und die großen Kirchen in Deutschland dazu verleitet, Hitler als von Gott gesandten Führer zu bejubeln. Auch wenn Ramelow eine Minderheitsregierung führen muss, hat er dabei die Chance, gute Gesetze vorzuschlagen, die von CDU und vor allem der AfD abgelehnt werden, wobei herauskommt, dass die AfD die neoliberale Grokopolitik noch verschärft vertritt, die sie angeblich als Partei der Abgehängten bekämpft. So wäre der Wählerschaft zu vermitteln, wer auf der Seite der Geschädigten der neoliberalen Politik steht und wer diese Menschen im Stich lässt. Das wären gute Aussichten für Neuwahlen.

Auch für die Linkenängstlichen in der SPD ist die Wahl in Thüringen ein überdeutliches Signal, besonders vor der Entscheidung über die Parteiführung und die Groko. Sie hat seit der Brückierung durch CSU-Glyphosatminister Schmidt, seit der CSU-Protektionierung von Herrn Maaßen und erst recht seit der beschuerten PKW-Mautpolitik der CSU allen Grund, der Kanzlerin für den Rest der Amtszeit eine Minderheitsregierung zuzumuten und dabei linke Mehrheiten zu sammeln, etwa für ein Lobbyregister, das die Lobbykratie beendet. Im Bundestag könnten AfD und Union so gut vorgeführt werden als neoliberaler Block, während die SPD sich von ihrer unsäglichen neoliberalen Phase befreien würde.

Friedrich Gehring, Backnang

Mir ist nicht egal, was jetzt mit der SPD geschieht

Die SPD in Thüringen jetzt auch einseitig, die AfD zweitstärkste Partei – und natürlich gibt es einen Zusammenhang. Eine stark



Robert Habeck (Grüne) im Angesicht des Wahlergebnisses.

DPA

schwächelnde SPD schafft ein Vakuum, das die Thüringer AfD sofort füllt und füllen kann.

Mir ist auf diesem Hintergrund nicht egal, wer jetzt die SPD-Parteiführung übernimmt. Kommt der Parteirechte und außerordentlich dröge Olaf Scholz oder der ehemalige Finanzminister von NRW, Norbert Walter Borjans, zum Zuge? Und hier wird jetzt die mediale Unterstützung relevant. Die FR positioniert sich und wertet Borjans als „Politrentner aus Nordrhein-Westfalen“ ab. Immerhin berichtet, dass Borjans als NRW-Finanzminister mutig Steuer-CDs ankauft und sich als Kandidat für den Parteivorsitz für ein profiliertes Investitionsprogramm einsetzt. Alles das, was Scholz nicht will. Sollte Scholz die Stichwahl gewinnen, ist der weitere Niedergang der SPD garantiert. Mit Borjans könnte sich mit einer rebellischen SPD-Basis ein „sozialdemokratisches“ Profil entwickeln – das wäre doch eine linke Alternative gegen die AfD?

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Umverteilung nach Oben wirkt gegen die Demokratie

Wir brauchen Wählerinnen und Wähler, die mitdenken und verantwortungsbewusst mit ihrer Wahlentscheidung umgehen.

Dieser Satz beschreibt das Problem exakt. Leider gibt es viel zu viele Leute, die genau das nicht wollen bzw. vielleicht nicht können. Man hat Kohl, Merkel und auch Schröder viel zu lange machen lassen in der Hoffnung, alles wird schon gut. Es hat eine schleichende Umverteilung begonnen. Jetzt ist es umgekehrt. Eine Umverteilung die schon Jahrzehnte läuft, soll auf einmal gestoppt werden. Die Profiteure dieser Umverteilung sehen das aber nicht ein. Die Politik kann die Erwartungen nicht erfüllen. Bei der SPD sind diese besonders hoch. Das geht wohl wirklich mit der Union gar nicht. Zumal diese nicht mal einsieht, dass die Umverteilung nicht so weitergehen kann. Eigentlich ist es nur logisch, dass Umverteilung von Unten nach Oben mit Demokratie nicht zusammen passt.

hans via FR-Blog

Feinsinniger semantischer Unterschied

Die CDU Thüringen will rot-rot-grün weder dulden noch tolerieren. Vielleicht erklärt diese Partei gelegentlich mal den feinsinnigen semantischen Unterschied zwischen „dulden“ und „tolerieren“.

Nikolaus Jöckel, Offenbach

Diskussion: frblog.de/thueringen-3

Wirkungsvolle Maßnahmen gegen Erdogan

Ischinger: „Die Bundesregierung verharrte viel zu lange in Lethargie“, FR-Politik vom 26. Oktober

Um was geht es in Nordsyrien? Zunächst um einen Angriffskrieg der Türkei. Dann um einen beabsichtigten Bevölkerungsaustausch: Die an der türkisch-syrischen Grenze lebenden Kurden sollen zurückgedrängt, nach Erdogans Willen sogar dezimiert werden. Danach soll dort ein Territorium für Flüchtlinge entstehen, die mehrheitlich nicht aus dieser Region stammen. Diese Entwicklung war vorhersehbar, nur nicht vom amtierenden US-Präsidenten, dessen intellektueller Zustand unberechenbar ist. Und der ohne Not Wladimir Putin das Heft des Handelns überließ.

In dieser Situation fordert die deutsche Verteidigungsministerin eigenmächtig die Einrichtung einer Schutzzone, an

der sich die EU und speziell Deutschland beteiligen sollen. Streng genommen müssten die Menschen in Syrien (und weiten Teilen der Türkei) vor Erdogan geschützt werden. Das wäre durch wirtschaftliche Maßnahmen wirkungsvoll erreichbar. Beispielsweise durch eine Reiseverbot für die Türkei, gültig für die Dauer der türkischen Besetzung. Als begleitende Maßnahme empfiehlt sich die Strafverfolgung von Imamen, die diesen Angriffskrieg mit Gebeten unterstützen. Und von türkischstämmigen Demonstranten, die ihren Hang zum Völkermord offen in Deutschland kundtun. Siehe § 13 (Verbrechen der Aggression) des Völkerstrafgesetzbuchs, das auch in der Bundesrepublik gilt.

Mit vergleichbar geringem Aufwand könnte man Erdogan in die Schranken weisen. Ob Putin Interesse an einer wirtschaftlich zerrütteten Türkei hat, dürfte zweifelhaft sein. Er hat mit massiven wirtschaftlichen Problemen im eigenen Land zu kämpfen. Die Kurden als Bündnispartner des Westens kämen zu ihrem Recht; der IS und seine Freunde in den fundamentalistischen islamischen Staaten wären nachhaltig gewarnt. Für Annegret Kramp-Karrenbauer ließe sich ein adäquater Job finden. Beispielsweise als Reinigungskraft in einer Toilettenanlage, in der lediglich zwischen „Damen“ und „Herren“ unterschieden wird. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/nordsyrien